



KURZDOSSIER 1: DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

DIE BEDÜRFNISSE IN DER GEGENWART BEFRIEDIGEN, OHNE DIE FÄHIGKEIT DER KOMMENDEN GENERATIONEN ZU BEEINTRÄCHTIGEN, IHRE EIGENEN BEDÜRFNISSE ZU BEFRIEDIGEN

ZWECK

Unsere seit langem bestehende Verpflichtung erfüllen, den Bedürfnissen der Gegenwart so gerecht zu werden, dass die Interessen der kommenden Generationen gewahrt werden, und dazu sicherstellen, dass wir Entscheidungen mit Weitblick treffen.

HINTERGRUND

Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden sich auf die 10 Milliarden Menschen auswirken, die in diesem Jahrhundert noch geboren werden – zumeist in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen – und zu deren Schutz vor absehbarem Schaden wir verpflichtet sind. Wir verstehen besser denn je die generationenübergreifenden Auswirkungen unserer Entscheidungen, doch trotz 75 Jahren der Zusagen zur Sicherung der Zukunft fehlt auf globaler Ebene ein Mechanismus, der dieses Verständnis für Entscheidungsverantwortliche nutzbar macht. Auf nationaler Ebene wächst das Repertoire an praktischen Maßnahmen, die als Grundlage dienen können, und gibt es eine Geschichte, die viele Traditionen und Kulturen umfasst. In einer Ära existenzieller Bedrohungen ist es an der Zeit, unsere Zusagen einzuhalten.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITZIELE BESCHLEUNIGEN

Die Befriedigung der Bedürfnisse der heute lebenden Menschen ist eine Voraussetzung für die Sicherung einer besseren Zukunft. Es ist hinreichend belegt, dass Armut und Ungleichheit, auch die Ungleichheit der Geschlechter, über Generationen weitergegeben werden. Je gerechter wir Ressourcen und Chancen heute verteilen, desto besser sind die Ergebnisse für die kommenden Generationen. Die besten Lösungen für die heutigen Probleme sind diejenigen, die auf einer Langzeitperspektive beruhen.

„Was wir für die kommenden Generationen tun, müssen wir auch für uns selbst tun, nämlich die in der Zukunft liegenden Herausforderungen und Chancen viel ernster nehmen [...] den heutigen wie den kommenden Generationen werden stärkere globale Systeme zugutekommen, in deren Mittelpunkt die nachhaltige Entwicklung steht.“

EMPFEHLUNGEN

Kurzdosier 1 beinhaltet Ideen für Mitgliedstaaten sowie Maßnahmen, die der Generalsekretär ergreifen wird.

GESANDTE FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Der Generalsekretär wird eine Sondergesandte oder einen Sondergesandten ernennen, die/der die Interessen der kommenden Generationen vertreten und verteidigen, auf die generationenübergreifenden Auswirkungen von Entscheidungen aufmerksam machen und die Zusammenarbeit erleichtern wird. Diese(r) Gesandte könnte der Generalversammlung Bericht erstatten.

PROGNOSEN, DATEN UND WISSENSCHAFT

Eine bessere Nutzung von Prognosen, Daten und Wissenschaft hilft uns, die Zukunftswirkung unseres Handelns zu bewerten.

ERKLÄRUNG ÜBER DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Die Mitgliedstaaten könnten als Teil des Zukunftspakts eine Erklärung annehmen, in der sie ihre bestehenden kollektiven Zusagen bestätigen und aktualisieren und praktische Details zu ihrer Verwirklichung sowie diejenigen Belange aufführen, die die kommenden Generationen am stärksten betreffen und bei denen ihre Interessen bewusst geschützt werden sollten.

EIN ZWISCHENSTAATLICHES FORUM

Ein Ausschuss der Generalversammlung für die kommenden Generationen könnte für die Mitgliedstaaten ein Forum für Austausch und Zusammenarbeit sowie ein Ort sein, an dem ihnen die oder der Sondergesandte Einschätzungen zu den generationenübergreifenden Auswirkungen von Entscheidungen vorlegt.



ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER
<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 2: NOTFALLPLATTFORM

DIE INTERNATIONALE REAKTION AUF KOMPLEXE GLOBALE SCHOCKEREIGNISSE MUSS STÄRKER, SEKTORÜBERGREIFEND UND FLEXIBEL SEIN

ZWECK

Eine strukturiertere, berechenbarere und koordiniertere multilaterale Reaktion auf Krisen von erheblicher Größe, Schwere und Tragweite erarbeiten.

HINTERGRUND

Jüngste komplexe globale Schockereignisse haben neue und besorgniserregende Eigenschaften entwickelt – sie sind stärker miteinander verbunden, gefährlicher und haben globalere Auswirkungen. Derartige Schocks könnten in der Zukunft Pandemie-risiken, gravierende Klimaereignisse oder biologische Vorfälle, Vorfälle im Cyberspace oder im Weltraum oder andere bisher unbekannt Risiken umfassen.

Bestehende Krisenreaktionsmechanismen sind zu fragmentiert und sektorspezifisch, um eine kohärente und wirksame Reaktion auf globale Schocks mit gleichzeitigen Auswirkungen auf mehrere Sektoren zu ermöglichen. Wir müssen aus den jüngsten Schocks Erkenntnisse ziehen und einen neuen Ansatz wählen, nämlich einen disziplinübergreifenden Ansatz unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern, der uns besser auf zukünftige komplexe globale Schocks vorbereiten kann.

Welche globalen komplexen Schockereignisse uns in Zukunft erwarten, ist ungewiss. Daher benötigen wir einen flexiblen Mechanismus. Eine Notfallplattform wäre keine feste Einrichtung oder Institution, sondern bestünde aus einer Reihe von Protokollen, die bei Bedarf aktiviert werden könnten.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSGOALS BESCHLEUNIGEN

Komplexe globale Schockereignisse treffen die Ärmsten und Schutzbedürftigsten am härtesten. Solche Ereignisse lassen uns bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weiter zurückfallen, wovon Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Die Coronavirus-Krankheit (COVID-19) machte vier Jahre des Fortschritts im Kampf gegen die Armut zunichte. Eine raschere und berechenbarere globale Reaktion könnte negative Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsziele abschwächen.

„Einzig durch eine vertiefte internationale Zusammenarbeit können wir angemessen auf komplexe globale Schockereignisse reagieren. Die Vereinten Nationen sind die einzige Organisation, die über eine entsprechende Reichweite und Legitimität verfügt, um die Akteure auf höchster Ebene einzuberufen und zu globalem Handeln zu mobilisieren.“

EMPFEHLUNGEN

Kurz dossier 2 enthält Ideen für Maßnahmen von Mitgliedstaaten.

STÄNDIGE EINRICHTUNGSVOLLMACHT

Die Mitgliedstaaten könnten dem Generalsekretär und dem System der Vereinten Nationen die ständige Vollmacht übertragen, im Falle eines zukünftigen komplexen globalen Schocks erheblicher Größe, Schwere und Tragweite eine Notfallplattform einzurichten und einsatzfähig zu machen.

KOORDINIERUNG UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Beteiligte Institutionen würden sich darauf verpflichten, zugunsten systemweiter Maßnahmen mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten und ihm Bericht zu erstatten, und gleichzeitig ihren jeweiligen Leitungsgremien gegenüber bei der Erfüllung ihres individuellen Mandats voll rechenschaftspflichtig bleiben.

VOLLE NUTZUNG BESTEHENDER MECHANISMEN

Die Notfallplattform würde bestehende Mechanismen weder ersetzen noch duplizieren, sondern hätte für eine begrenzte Zeit ihren Schwerpunkt in der Einberufung hochrangiger Gremien sowie in der Interessenvertretung und würde Akteure zusammenbringen, die einen bedeutsamen Beitrag zur globalen Reaktion leisten könnten.



ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER
<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 3: KONSTRUKTIVE BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN

JUNGE MENSCHEN SIND DER SCHLÜSSEL ZUM NACHHALTIGEN DURCHBRUCH UND HABEN AM MEISTEN ZU VERLIEREN, WENN SICH DER ZUSAMMENBRUCH FORTSETZT

ZWECK

Eine konstruktivere Beteiligung junger Menschen wird zu einer wirksameren, innovativeren und langfristigeren Entscheidungsfindung führen, mehr Vertrauen in öffentliche Institutionen schaffen und die Ergebnisse für alle verbessern.

HINTERGRUND

Der notwendige Wandel wird ohne die Kooperationsbereitschaft und Beteiligung der 1,9 Milliarden jungen Menschen – zumeist aus Entwicklungsländern – nicht möglich sein. Ihr Potenzial, Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu finden, ist immens. Die Generalversammlung fordert schon lange, dass die Jugend voll und wirksam am gesellschaftlichen Leben und an Entscheidungsprozessen beteiligt wird und dass die Vereinten Nationen Mechanismen schaffen, die für die Vertretung der Jugend in allen Abläufen der Vereinten Nationen sorgen. Schritte sind im Gang, doch sind sie weder ausreichend noch systematisch. Ohne entschlossene und gezielte Maßnahmen zur Behebung von Lücken und Mängeln wird die Jugendbeteiligung im Mittelmaß verharren und so die Fähigkeit der Regierungen, öffentlicher und multilateraler Institutionen, einschließlich der Vereinten Nationen, einschränken, die Anliegen Jugendlicher einzubeziehen, zu verstehen und auf sie einzugehen. Kurzdossier 3 bietet 11 Leitgrundsätze, die eine wirksame und konstruktive Jugendbeteiligung sicherstellen sollen.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITZIELE BESCHLEUNIGEN

Junge Menschen sind die Fackelträger der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Kinder und Jugendliche machen zwei Drittel der Armen auf der Welt aus und sind unverhältnismäßig stark betroffen, wenn die Nachhaltigkeitsziele nicht auf Kurs liegen. Junge Menschen haben ein Eigeninteresse an der Verwirklichung der Ziele und spielen bei der Umsetzung eine unverzichtbare Partner- und Teilnehmerrolle.

„Junge Menschen [sind] zu einer treibenden Kraft für gesellschaftliche Veränderungen durch soziale Mobilisierung geworden: Sie drängen auf Klimamaßnahmen und Gerechtigkeit für rassistisch diskriminierte Menschen, bringen die Geschlechtergleichstellung voran und fordern für alle ein Leben in Würde.“

EMPFEHLUNGEN

Das Kurzdossier enthält Leitgrundsätze und Ideen für Maßnahmen von Mitgliedstaaten in drei Schlüsselbereichen.

ENTSCHEIDUNGSFINDUNG AUF ALLEN EBENEN

Die Mitgliedstaaten können sich zu einer konstruktiven Jugendbeteiligung an der Entscheidungsfindung auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene verpflichten, indem sie eine globale Norm für konstruktive Jugendbeteiligung auf der Grundlage der in diesem Kurzdossier erläuterten Grundsätze unterstützen, in jedem Land ein Jugendberatungsgremium einrichten und einen Rahmen zur Verfolgung von Fortschritten schaffen, unter anderem durch regelmäßige Berichterstattung an die Generalversammlung.

BESSERE BETEILIGUNG IN DEN VEREINTEN NATIONEN

Die Mitgliedstaaten könnten sicherstellen, dass eine konstruktive Jugendbeteiligung bei allen zwischenstaatlichen Prozessen der Vereinten Nationen die Norm ist, und dazu Regelungen für die Beteiligung in sämtlichen Tätigkeitsbereichen der Generalversammlung treffen, dem Jugendforum des Wirtschafts- und Sozialrats formellen Status und ein stärkeres Mandat verleihen, junge Menschen stärker an der Arbeit des Sicherheitsrats beteiligen, eine breitere Mitwirkung am Jugenddelegiertenprogramm der Vereinten Nationen in einem breiteren Spektrum von Organen der Vereinten Nationen fördern und eine systematischere Bereitstellung finanzieller Ressourcen mit dem Schwerpunkt auf der Erhöhung der Mitwirkung junger Menschen aus Entwicklungsländern gewährleisten.

JUGENDVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN

Die Mitgliedstaaten könnten die Einrichtung einer ständigen Jugendversammlung der Vereinten Nationen unterstützen, die jungen Menschen ein eigenes Forum bietet, in dem sie sich besser auf die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen bei den Vereinten Nationen vorbereiten können und das die Vielfalt ihrer Stimmen als Beitrag zur Arbeit der Organisation erhöht.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 4: ÜBER DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT HINAUS

DURCH UMFASSENDE INDIKATOREN DAFÜR SORGEN, DASS SICH DIE POLITIKGESTALTUNG AN DEN BEDÜRFNISSEN DER MENSCHEN UND DER ERDE ORIENTIERT

ZWECK

Aufzeigen, wie Indikatoren entwickelt werden können, die bei der Messung von Fortschritten und der Zuweisung von Ressourcen nicht allein das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Mittelpunkt stellen, sondern ein Gesamtbild dessen, was für den Lebenserhalt und das menschliche Wohl notwendig ist.

HINTERGRUND

Das BIP ist eine unverzichtbare und gängige Messgröße für das Wirtschaftswachstum, nicht jedoch für eine wirklich nachhaltige Entwicklung, da es umweltbezogene und soziale Belange wie Ungleichheit, Resilienz, Nachhaltigkeit und unbezahlte Pflegearbeit nicht berücksichtigt, widersinnigerweise negativen externen Effekten wie der Erschöpfung von Ressourcen, der Umweltzerstörung und Biodiversitätsverlusten Wert beimisst und neue Phänomene wie Digitalisierung und Datenentwicklung unzureichend abbildet. Die Erkenntnis ist schon lange vorhanden, dass wir präzisere und umfassendere Messgrößen zur Unterstützung der nationalen und internationalen Politikgestaltung, insbesondere bei der Entwicklungsfinanzierung, benötigen. Kurzdossier 4 enthält Vorschläge, wie wir über das BIP hinausgehen, auf ähnlichen Initiativen aufbauen und die anstehende Überprüfung des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nutzen können.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSGIELE BESCHLEUNIGEN

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung wurden bewusst geschaffen, um die Mängel beim BIP auszugleichen. Zielvorgabe 17.19 der Nachhaltigkeitsziele fordert ergänzende Messgrößen und Kapazitätsaufbauhilfe für Entwicklungsländer. Wenn wir über das BIP hinausgehen, können wir die Politikgestaltung der Regierungen von Grund auf ändern und Investitionen ankurbeln, um die Erreichung der Ziele zu beschleunigen und dabei niemanden zurückzulassen.

„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel bei der Fortschrittmessung, damit wir Daten zu den Aktivitäten und Ergebnissen erheben können, die in einer Gesellschaft echten Wert haben, und sie nutzen können, um unsere politischen und finanziellen Entscheidungen auf eine bessere Informationsgrundlage zu stellen.“

EMPFEHLUNGEN

Kurzdossier 4 umfasst drei potenzielle Maßnahmen:



DER RAHMEN „ERFASSEN, WAS ZÄHLT“

Die Mitgliedstaaten können sich darauf verpflichten, bis zum Zukunftsgipfel 2024 ein Rahmenkonzept „Erfassen, was zählt“ zu entwerfen, das in der Agenda 2030 verankert ist. Dieser Rahmen sollte darauf ausgelegt sein, drei Hauptziele zu erreichen: a) Wohlergehen und Handlungsfähigkeit b) Achtung des Lebens und der Erde und c) weniger Ungleichheit und mehr Solidarität. Er sollte auf drei Elementen beruhen: a) partizipatorische Regierungsstrukturen und stärkere Institutionen, b) innovative und ethische Volkswirtschaften und c) Aufbau von Resilienz.

EIN WERTEKATALOG MIT SCHLÜSSELINDIKATOREN

Die Mitgliedstaaten könnten sich darauf einigen, eine hochrangige Gruppe unabhängiger Sachverständiger einzurichten und damit zu beauftragen, einen Wertekatalog mit Schlüsselindikatoren (10 bis 20 Indikatoren) auszuarbeiten und den Mitgliedstaaten bis März 2024 in Vorbereitung auf den Zukunftsgipfel zur Prüfung vorzulegen.

AUFBAU STATISTISCHER KAPAZITÄTEN UND DATEN

Um den Ausbau der Statistikkapazitäten und der Datenerhebung zu fördern, sind insbesondere auf nationaler Ebene Ressourcen erforderlich, um Bemühungen, über das BIP hinauszuweisen, zu unterstützen und Lücken bei der Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsziele zu schließen.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 5: GLOBALER DIGITALPAKT

EINE OFFENE, FREIE, SICHERE UND DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLENDE DIGITALE ZUKUNFT, DIE AUF DEN MENSCHENRECHTEN BERUHT UND IN DER DIE ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ERREICHBAR SIND

ZWECK

Grundsätze, Ziele und Maßnahmen für einen Globalen Digitalpakt festlegen, der auf dem Zukunftsgipfel verabschiedet werden soll, mit dem Ziel, allen die Nutzung der Vorteile digitaler Technologien zu ermöglichen sowie Schranken und Lenkungsstrukturen zu schaffen, um Missbrauch dieser Technologien zu verhindern.

HINTERGRUND

Tiefe Gräben durchziehen unsere digitale Welt: Beim Zugang zu Digitaltechnologien bestehen nach wie vor Spaltungen zwischen Regionen, den Geschlechtern, Einkommens-, Sprach- und Altersgruppen; im Datenbereich benachteiligen wachsende Spaltungen die Entwicklungsländer, und im Bereich der Innovationen führen Spaltungen zu höchst ungleich verteiltem Reichtum, dessen Schaffung von einer Handvoll großer Plattformen und Staaten beherrscht wird. Hinter diesen Spaltungen verbirgt sich eine gewaltige Lücke bei den Regelungsstrukturen.

Den neuen Technologien fehlt es an grundlegenden Schranken, und staatliche Stellen sind nicht ausreichend dafür gerüstet, den raschen digitalen Wandel von Gesellschaften zu unterstützen. Diese Entwicklungen haben ungeahnte Möglichkeiten, aber auch enorme Risiken mit sich gebracht und erfordern eine globale Zusammenarbeit vieler Interessenträger. Die digitale Spaltung zu überwinden, ist besonders dringend, um ein Auseinanderbrechen der digitalen Welt zu vermeiden, den virtuellen Raum für alle offen und sicher zu gestalten und die neuen Technologien und die künstliche Intelligenz (KI) zum Wohle der gesamten Menschheit zu lenken.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSZIELE BESCHLEUNIGEN

Digitale Technologien haben nachweislich das Potenzial, Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu bewirken. Wir müssen Daten in großem Umfang nutzen, sie weltweit zugänglich machen und sie als Grundlage für Maßnahmen zugunsten aller Nachhaltigkeitsziele einsetzen. Beispielsweise ist die Einführung weltweit geltender Standards für Umweltdaten unerlässlich für die Einleitung von Maßnahmen zur Bewältigung der dreifachen globalen Krise.

„Wir müssen dringend Möglichkeiten finden, um digitale Technologien zum Wohle aller einzusetzen. Wir brauchen nationale und internationale Lenkungsmechanismen, die den Missbrauch solcher Technologien verhüten. Wir müssen Innovation so gestalten, dass sie universellen menschlichen Werten entspricht und unseren Planeten schützt.“

EMPFEHLUNGEN

DIGITALE VERNETZUNG UND KAPAZITÄTEN

Zielvorgaben, politische Maßnahmen und Nachverfolgung zugunsten einer erschwinglichen, konstruktiven und universellen Vernetzung samt Finanzmitteln für schwer zugängliche Gebiete, Bildungsmaßnahmen zum Aufbau digitaler Kompetenzen und Fähigkeiten sowie eines Netzwerks für den Kapazitätsaufbau neben anderen Maßnahmen.

DIGITALE ZUSAMMENARBEIT FÜR DIE NACHHALTIGKEITSZIELE

Höhere Investitionen in eine sichere und inklusive digitale öffentliche Infrastruktur und Unterstützung für digitalen Wandel, Daten und Innovationen über alle Nachhaltigkeitsziele hinweg.

ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Durch entsprechende Schritte die Anwendung rechtlicher Verpflichtungen im Online-Bereich sicherstellen und dazu unter anderem einen digitalen Beratungsmechanismus für Menschenrechte als Orientierungshilfe einzurichten.

EIN INKLUSIVES, OFFENES, SICHERES UND GEMEINSAM GENUTZTES INTERNET

Sich verpflichten, zur Wahrung des freien und gemeinschaftlichen Charakters des Internets unter anderem flächendeckende Abschaltungen des Internets zu vermeiden und die Beschädigung oder Zerstörung kritischer Infrastruktur zu unterlassen.

DIGITALES VERTRAUEN UND SICHERHEIT

Schädliche Online-Inhalte durch gemeinsame Standards, Leitlinien, Aufsicht und branchenspezifische Verhaltenskodizes bekämpfen und dabei das Recht auf freie Meinungsäußerung achten.

DATENSCHUTZ UND ERMÄCHTIGUNG

Die Menschen unter anderem durch gemeinsame Definitionen und Standards, rechtliche Schutzvorkehrungen für personenbezogene Daten und Privatheit, eine Erklärung über Datenrechte sowie Grundsätze für Datenaufsicht in die Lage versetzen, ihre Daten selbst zu verwalten.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>

KI UND NEUE TECHNOLOGIEN

Sicherstellen, dass KI und andere neue Technologien sicher sind und menschlicher Kontrolle und einer fairen und transparenten Lenkung unterstehen. Dringend ein Beratungsgremium auf hoher Ebene für künstliche Intelligenz einberufen, das bis Jahresende Empfehlungen zu Regelungen vorlegen soll, die die ethische Nutzung von KI im Einklang mit menschlichen Werten und den Menschenrechten fördern werden.

DIGITALE GEMEINGÜTER UND IHRE ANWENDUNG

Eine fortlaufende Zusammenarbeit vieler Interessenträger mittels bestehender digitaler Foren und eines jährlichen Forums für digitale Zusammenarbeit, das den Austausch, gemeinsames Lernen und aufeinander abgestimmte Maßnahmen unterstützt.



KURZDOSSIER 6: INTERNATIONALE FINANZARCHITEKTUR

EINGERECHTERES, WIRKSAMERES FINANZSYSTEM, DAS NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMAMASSNAHMEN UNTERSTÜTZT

ZWECK

Die internationale Finanzarchitektur neu gestalten, um die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, Vertrauen wiederaufzubauen und die weitere Fragmentierung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zu verhindern. Dafür benötigen wir ambitionierte Reformen, an deren Anfang eine inklusivere, repräsentativere und letzten Endes wirksamere globale wirtschaftliche Ordnungspolitik steht.

HINTERGRUND

Die internationale Finanzarchitektur, die 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert wurde, ist derzeit einer historischen Belastungsprobe ausgesetzt – und droht, daran zu scheitern. Gezeichnet von Ungleichheiten, Lücken und Ineffizienzen ist es ihr nicht gelungen, die Mobilisierung stabiler und langfristiger Finanzmittel in großem Umfang für Investitionen ins Klima und in die Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen; sie eröffnet nicht allen Ländern gleiches Mitspracherecht oder gleiche Chancen und hat eine enorme finanzielle Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern geschaffen.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSZIELE BESCHLEUNIGEN

Ein stabiles internationales System ist die Grundlage für nationales Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. Finanzielle Schocks und Krisen haben die Fortschritte bei den sozialen Zielen zurückgeworfen und Armut und Hunger verstärkt. Hohe Schuldendienstkosten können die Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Sozialschutz und andere soziale Prioritäten senken.

EMPFEHLUNGEN

Kurzdosier 6 empfiehlt Maßnahmen in sechs Bereichen:

Globale wirtschaftliche Ordnungspolitik

Die internationale Finanzarchitektur sollte in puncto Struktur und Kapital die Realität und die Bedürfnisse der heutigen Zeit widerspiegeln.

Die Aufsichtsgremien der internationalen Finanzinstitutionen sollten a) Stimmrechte und Regeln für die Beschlussfassung in internationalen Finanzinstitutionen demokratischer machen, zum Beispiel durch eine Regel der doppelten Mehrheit, und b) den Zugang zu Ressourcen von der Zahlungsfähigkeit trennen und ihn stattdessen am Einkommen und an der Vulnerabilität festmachen.

Die Mitgliedstaaten sollten ein Koordinierungsorgan für die Beschlussfassung im Wirtschaftsbereich einrichten, das auf eine nachhaltigere, inklusivere und resilientere Weltwirtschaft hinwirkt. Dies könnte die Form eines Zweijährlichen Gipfeltreffens annehmen.

ENTSCHULDUNG UND STAATLICHE KREDITAUFNAHME

Gläubiger und Schuldner sollten a) die Transparenz erhöhen, b) Verträge über öffentliche Schulden verbessern (einschließlich Klauseln zur Schuldendienstaussetzung in Notfällen, wie Klauseln für Höhere Gewalt und andere Klauseln) und c) die Grundsätze zur Förderung einer verantwortungsvollen staatlichen Kreditvergabe und -aufnahme aktualisieren, um dem veränderten globalen Umfeld Rechnung zu tragen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und Ratingagenturen sollten die Analyse der Schuldentragfähigkeit und die Bonitätsbewertungen verbessern und zwischen Liquiditätskrisen und Solvenzrisiken unterscheiden, langfristige Risiken und Investitionen in die Nachhaltigkeitsziele und in Resilienz berücksichtigen sowie den Bedürfnissen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Ziele Rechnung tragen. Geber sollten ihre Unterstützung für den Kapazitätsaufbau beim Schuldenmanagement aufstocken.

Um Umschuldungen wirksamer und fairer zu gestalten, sollten Mitgliedstaaten einen zweistufigen Prozess einführen, über den sowohl Länder mit niedrigem Einkommen als auch gefährdete Länder mit mittlerem Einkommen mit entsprechendem Bedarf unterstützt werden, und dazu a) einen Schuldenbereinigungsmechanismus einrichten, um zögerliche Fortschritte im Gemeinsamen Rahmen zum Umgang mit Schulden über die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes hinaus anzugehen und dabei den Umgang mit Schulden einem Sachverständigenrat zu übertragen und eine vergleichbare Behandlung zu erleichtern, und b) mittelfristig eine von den Interessen der Gläubiger und der Schuldner unabhängige Staatsschuldenbehörde als Angelpunkt eines effizienten Systems für Insolvenzen einrichten.

INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE FINANZIERUNG

Die Anteilseigner der multilateralen Entwicklungsbanken sollten a) die Kreditvergabe durch multilaterale Entwicklungsbanken auf 1 Prozent des globalen BIP (um 500 Milliarden bis 1 Billion Dollar pro Jahr) erhöhen, bei gleichzeitiger Aufstockung des eingezahlten Kapitals, einer wirksameren Nutzung ihrer Gesamtmittel und einer Umverteilung von Sonderziehungsrechten, b) die Konditionen der multilateralen Entwicklungsbanken für die Kreditaufnahme verbessern und dazu extrem langfristige erschwingliche Finanzierungsangebote mit Klauseln zur Schuldendienstaussetzung in Notfällen bereitstellen und für eine vermehrte Vergabe von Krediten in Lokalwährung sorgen, c) die Geschäftsmodelle multilateraler Entwicklungsbanken umfassend auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung ausrichten und schrittweise die Finanzierung fossiler Brennstoffe abbauen, d) zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung die Klimafinanzierung ausbauen, mit einem neuen Rahmen für die Rechnungsführung, um die Zusätzlichkeit besser zu gewährleisten, e) die zu Vorzugsbedingungen vergebenen Mittel aufstocken, einschließlich der Beiträge zur Internationalen Entwicklungsorganisation, und stehende internationale Finanzierungsmechanismen berücksichtigen (z. B. Abgaben im Bereich der Schifffahrt) sowie alle Dimensionen der Anfälligkeit bei den Zuteilungskriterien und der Einbeziehung von Faktoren, die über das BIP hinausgehen, systematisch berücksichtigen, f) neue Rahmen entwickeln,

um festzulegen, wann und wie die Nutzung privater Finanzmittel ausgeweitet werden soll, damit sie die nachhaltige Entwicklung maximal fördert, und g) das System der Entwicklungsbanken für eine erhöhte Kreditvergabe und Wirkung effektiver nutzen (z. B. Einrichtung eines gemeinsamen Versicherungs- oder Rückversicherungsfonds für ein wirksames Management von Risiken, darunter Wechselkursrisiken, im gesamten System).

DAS GLOBALE FINANZSICHERHEITSNETZ

Der Gouverneursrat des IWF sollte a) die Sonderziehungsrechte so umgestalten, dass als Reaktion auf Schocks eine stärker automatisierte und antizyklische Ausgabe erfolgt, und b) Sonderziehungsrechte auf der Grundlage des Bedarfs und des Gefährdungspotenzials an Zielländer zuteilen, die wirklich Liquidität benötigen (dies könnte durch eine Vorabvereinbarung geschehen).

Das Exekutivdirektorium des IWF sollte a) die Kreditvergabe durch den IWF flexibilisieren und Gebühren abschaffen und b) eine multilaterale Währungsswap-Fazilität einrichten.

Um der Volatilität auf den Finanzmärkten entgegenzuwirken, sollten die großen Volkswirtschaften a) die makroökonomische Koordinierung stärken und sie z. B. auf der Ebene des Treffens der G20-Finanzministerinnen und -minister und der Zentralbankgouverneurinnen und -gouverneure ansiedeln und b) eine aktive Rolle bei der Verringerung der Volatilität der Kapitalabflüsse spielen, wenn sie die Quelle sind.

Alle Länder sollten Zugang zum vollen Instrumentarium des Kapitalbilanzmanagements haben.

REGELN FÜR DAS FINANZSYSTEM

Politische Entscheidungsverantwortliche und Regulierungsbehörden sollten a) die Vorschriften ändern, um den Risiken für die finanzielle Stabilität und Integrität von Banken und Finanzinstitutionen des Nichtbanksektors entgegenzuwirken, b) in Vorschriften und Steueranreizen verankertes exzessives Kurzzeitdenken überwinden, c) Grünfärberei durch die Stärkung und Anordnung einer nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegung durch Unternehmen eindämmen und d) Marktregulierungen, -standards und -verfahren aktualisieren, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Klima ins Zentrum der Märkte zu rücken.

Marktteilnehmer sollten a) langfristige Indizes und Bonitätsbewertungen schaffen, die die Nachhaltigkeitsziele und Resilienz widerspiegeln, und b) gegen exzessives Kurzzeitdenken angehen, das in die Vergütung und andere Anreize eingebettet ist.

Politische Entscheidungsverantwortliche sollten a) für alle Institutionen innerhalb der internationalen Finanzarchitektur klare und an den Nachhaltigkeitszielen ausgerichtete Übergangspläne vorschreiben, b) politische Maßnahmen konzipieren, die eine Verbindung zwischen Rentabilität und Nachhaltigkeit herstellen, sodass externe Effekte in den Preisen angemessen berücksichtigt sind, und c) die finanzielle Integrität vollständig in Regulierungssysteme einbeziehen, so auch in die globalen Standards für Angehörige der entsprechenden Berufsgruppen.

GLOBALE STEUERARCHITEKTUR

Die Mitgliedstaaten sollten a) Optionen für eine vollkommen inklusive und wirksamere internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen prüfen, einschließlich der möglichen Erarbeitung eines diesbezüglichen Rahmens oder Instruments bei den Vereinten Nationen, b) die globalen Steuervorschriften vereinfachen (wie die Besteuerung digitaler Dienstleistungen oder Quellensteuern) und einen höheren globalen Mindestsatz für die Körperschaftsteuer einführen, der unterfinanzierten Steuerbehörden in Entwicklungsländern zugutekommen könnte, und c) Rahmen für globale Steuertransparenz und Informationsaustausch schaffen, die allen Ländern zugutekommen.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KOHÄRENT

LANGFRISTIG

RESILIENT

NACHHALTIG

GERECHT

INKLUSIV

KOORDINIERT

Das globale Finanzsicherheitsnetz

Größere Rolle für Sonderziehungsrechte und regionale Fazilitäten

Größerer IWF, der wegen geringerer Volatilität der Kapitalbilanz seltener zum Einsatz kommt



Privates Finanzsystem

Sicherstellen, dass die private Finanzierung an den öffentlichen Zielen ausgerichtet ist

Volatilität reduzieren und Stabilität schaffen



Nachhaltige Kreditaufnahme und Verschuldung

Risiko von Schuldenkrisen durch Transparenz und bessere Schuldinstrumente senken

Schuldenbereinigungsmechanismus und Rechtsmechanismus für Umstrukturierungen



Öffentliches Bankwesen und öffentliche Finanzierung

Finanzierung von Armutsbeseitigung und Nachhaltigkeit

Vergabe von Zuschüssen, Krediten und zweckgebundenen Sonderziehungsrechten nach Bedarf und Anfälligkeit



Internationale Steuernormen und -systeme

Inklusive Architektur

Vereinfachte Regeln, mehr Transparenz

Grundlage für Ressourcenmobilisierung, langfristige Schuldentilgung





KURZDOSSIER 7: WELTRAUM

MAXIMALE NUTZUNG DER VORTEILE VON WELTRAUMAKTIVITÄTEN BEI WEITGEHENDER VERRINGERUNG DER RISIKEN

ZWECK

Vorschläge für Regelungsstrukturen, damit wir vermehrten Zugang zum Weltraum und zunehmende Weltraumoperationen gleichgestellt nutzen können, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen und zugleich potenzielle Risiken auszuschalten.

HINTERGRUND

Im Weltraum sind einschneidende Entwicklungen zu beobachten, darunter die wachsende Zahl von Objekten in der Erdumlaufbahn, das Ausmaß kommerzieller Aktivitäten und die Absichten öffentlicher und privater Akteure, die Erkundung des erdfernen Welt-raums wieder aufzunehmen. Technologische Fortschritte und sinkende Kosten werden diese Trends beschleunigen und sowohl Risiken als auch Chancen mit sich bringen, unter anderem in den Bereichen Sicherheit und Nachhaltigkeit. Zu den konkreten Herausforderungen zählen der unkoordinierte Weltraumverkehr, der sich ansammelnde Weltraummüll, Fragen der möglichen Ausbeutung von Ressourcen und das Potenzial militärischer Konfrontationen. Die bestehenden Lenkungsmechanismen für den Weltraum decken wichtige Aspekte der Nachhaltigkeit wie der Sicherheit ab, doch sind einzelne Bereiche noch ausbaufähig, darunter die breitere Beteiligung von Interessenträgern.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITZIELE BESCHLEUNIGEN

Weltraumaktivitäten sind für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele unerlässlich – bei fast 40 Prozent der Zielvorgaben kommen Erdbeobachtungs- und globale Satellitennavigationssysteme zum Einsatz. Satellitentechnologie und ihre Anwendungen ermöglichen es Forschenden beispielsweise, Wettermuster, Temperaturschwankungen und Küstenveränderungen als Entscheidungsgrundlagen für die Energie- und Klimapolitik zu überwachen. Darüber hinaus unterstützen sie das Katastrophenmanagement, ermöglichen eine stärkere Vernetzung und bieten globale Navigationssysteme. Die Erforschung des Weltraums und die Weltraumwissenschaft und -technologie geben uns unverzichtbare Werkzeuge für langfristige Entwicklungslösungen an die Hand und können die Entwicklung aller Länder und Regionen der Welt wirksam fördern.

HERAUSFORDERUNGEN BEI DER NUTZUNG DES WELTRAUMS

„In den letzten zehn Jahren haben wir grundlegende Veränderungen im Weltraum erlebt. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, sicherzustellen, dass wir über wirksame Verwaltungsmechanismen verfügen, um Innovation anzukurbeln und Risiken zu mindern.“

EMPFEHLUNGEN

Kurzdosier 7 enthält Denkanstöße des Generalsekretärs zur Behandlung und Beschlussfassung durch die Mitgliedstaaten.

NACHHALTIGKEIT IM WELTRAUM

Der Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums sollte einen einheitlichen Ordnungsrahmen oder mehrere einander verstärkende Rahmen für die Nachhaltigkeit im Weltraum erarbeiten, um Transparenz, Vertrauensbildung und die Interoperabilität von Weltraummissionen in der Erdumlaufbahn und darüber hinaus zu fördern. Themen, die zu behandeln wären, sind die Regelung des Weltraumverkehrs, die Entsorgung von Weltraummüll und Aktivitäten im Zusammenhang mit Weltraumressourcen.

Der Ausschuss sollte einen internationalen Mechanismus einrichten, der die Umsetzung koordinieren soll und eine Plattform für eine breitere Einbindung von Interessenträgern umfasst.

SICHERHEIT IM WELTRAUM

Die Mitgliedstaaten sollten internationale Normen, Regeln und Grundsätze für die Beseitigung von Bedrohungen der Weltraum-systeme erarbeiten und auf dieser Grundlage Verhandlungen über einen Vertrag zur Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit und der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum aufnehmen.

INKLUSIVE ANSÄTZE FÜR DIE VERWALTUNG DES WELTRAUMS

Die Mitgliedstaaten sollten erwägen, wie sie die Beteiligung kommerzieller Akteure, der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und anderer an den zwischenstaatlichen Prozessen im Zusammenhang mit dem Weltraum erleichtern können. Die Organe der Vereinten Nationen sollten die gleichberechtigte Vertretung von Frauen sicherstellen.

BESSERE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DES SYSTEMS DER VEREINTEN NATIONEN

Die Institutionen der Vereinten Nationen sollten die Zusammenarbeit verstärken, auch im Rahmen der Interinstitutionellen Tagung über Weltraumtätigkeiten (UN-Weltraum), um den Datenaustausch besser zu koordinieren, die Kapazitäten des Systems auszubauen und bei der Beschaffung weltraumgestützter Informationen zusammenzuarbeiten, um so die Nutzung weltraumgestützter Systeme zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele zu beschleunigen. Die Institutionen der Vereinten Nationen sollten Fortschritte bei der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Luft- und Raumfahrtsektor erzielen.



Koordinierung des Weltraumverkehrs



Weltraummüll



Erforschung von Weltraumressourcen



Konfliktprävention

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 8: INFORMATIONSSINTEGRITÄT AUF DIGITALEN PLATTFORMEN

MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER INFORMATIONSSINTEGRITÄT AUF DIGITALEN PLATTFORMEN

ZWECK

Kurzdosier 8 erläutert, wie sich die Bedrohungen der Informationsintegrität auf globale, nationale und lokale Probleme auswirken, und skizziert mögliche Prinzipien für einen Verhaltenskodex, der den Mitgliedstaaten, den digitalen Plattformen und anderen Interessenträgern als Richtschnur dienen soll, um den digitalen Raum für alle sicherer und inklusiver zu machen.

HINTERGRUND

Digitale Plattformen sind unverzichtbare Instrumente, die die sozialen, kulturellen und politischen Interaktionen weltweit verändert haben. Überall auf der Welt verbinden sie besorgte Weltbürgerinnen und -bürger, die sich mit wichtigen Anliegen befassen. Die Plattformen unterstützen die Vereinten Nationen dabei, die Menschen in ihrem Streben nach Frieden, Würde und Gleichheit auf einem gesunden Planeten unmittelbar zu informieren und anzusprechen. Doch dieselben Plattformen haben auch die Schattenseite des digitalen Ökosystems zutage gefördert. Sie haben die rasante Verbreitung von Lügen und Hass ermöglicht und damit weltweit erheblichen Schaden verursacht. Der Optimismus, den das Potenzial der sozialen Medien für die Vernetzung und Einbeziehung der Menschen auslöste, wurde gedämpft, als Fehlinformationen, Desinformation und Hetze sich von Randerscheinungen zum Mainstream des digitalen Raums entwickelten.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSGIELE BESCHLEUNIGEN

Eine Bedrohung der Informationsintegrität kann sich unter Umständen auch negativ auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung auswirken. Die Auswirkungen von Hetze, Fehlinformationen und Desinformation im Internet lassen sich überall auf der Welt beobachten, auch in den Bereichen Gesundheit, Klimamaßnahmen, Demokratie und Wahlen, Gleichstellung der Geschlechter, Sicherheit und humanitäre Maßnahmen. Die Stärkung der Informationsintegrität auf digitalen Plattformen ist von höchster Priorität für die internationale Gemeinschaft und wird die Anstrengungen beflügeln, eine nachhaltige Zukunft zu schaffen und niemanden zurückzulassen.

EMPFEHLUNGEN

VERHALTENSKODEX

Das Sekretariat der Vereinten Nationen wird umfassende Konsultationen mit einer Vielzahl von Interessenträgern abhalten, um einen Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen zu erarbeiten, der auch Weiterverfolgungs- und Umsetzungsmechanismen umfasst. Es ist davon auszugehen, dass der Kodex auf folgenden Grundsätzen beruhen wird: Bekenntnis zur Informationsintegrität, Achtung der Menschenrechte, Förderung unabhängiger Medien, erhöhte Transparenz, Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer, verstärkte Forschung und erweiterter Datenzugang, Ausweitung der Gegenmaßnahmen, stärkere negative Anreize sowie gefestigtes Vertrauen und erhöhte Sicherheit. Den Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern wird nahegelegt, den Verhaltenskodex auf freiwilliger Basis umzusetzen.

EINGEHENDE STUDIEN

Zur Unterstützung und inhaltlichen Anreicherung des Kodex könnten eingehende Studien das Verständnis für Informationsintegrität weltweit erhöhen, insbesondere in den bislang noch unzureichend von Forschungsarbeiten erfassten Teilen der Welt.

EINE SPEZIELLE KAPAZITÄT INNERHALB DES SEKRETARIATS DER VEREINTEN NATIONEN

Der Generalsekretär wird im Sekretariat der Vereinten Nationen eine spezielle Kapazität einrichten, um die Reaktion auf Fehlinformationen, Desinformation und Hetze im Internet zu verstärken, die die Mandatserfüllung der Vereinten Nationen und ihre inhaltlichen Prioritäten beeinträchtigen, gezielte Kommunikationsstrategien entwickeln, um Bedrohungen vorzusehen und rasch zu bekämpfen, bevor sie so sehr eskalieren, dass sie online und offline Schäden verursachen, den Kapazitätsaufbau der Bediensteten und der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen fördern und die Mitgliedstaaten, digitalen Plattformen und anderen Interessenträger in ihren Bemühungen unterstützen, den Kodex einzuhalten und anzuwenden.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>

„Die in diesem Kurzdossier ausgeführten Kerngedanken zeigen, dass der Weg zu einer verstärkten Informationsintegrität an den Menschenrechten orientiert, mehrdimensional gestaltet und unter Einbindung einer Vielzahl von Interessenträgern beschritten werden muss.“



KURZDOSSIER 9: EINE NEUE AGENDA FÜR DEN FRIEDEN

GEMEINSCHAFTLICHES HANDELN ZUR FRIEDENSFÖRDERUNG UND KONFLIKTPRÄVENTION AUF TRADITIONELLEN UND POTENZIELLEN NEUEN GEBIETEN

ZWECK

In der Erkenntnis, dass sich die Welt im Übergang zu einer neuen globalen Ordnung befindet, behandelt Kurzdossier 9 die Frage, wie die Mitgliedstaaten ihre Konkurrenz in geregelte Bahnen lenken, pragmatische Lösungen für globale Probleme finden und das kollektive Sicherheitssystem wirksamer gestalten können. Es enthält 12 Maßnahmenvorschläge, wie Konflikte verhütet, bewältigt und beigelegt und das System der kollektiven Sicherheit gestärkt werden können.

HINTERGRUND

Das globale Machtgefüge erweist sich als zunehmend fragmentiert, da neue Einflussspole entstehen, sich neue wirtschaftliche Blocks bilden und Konfliktachsen neu definiert werden. Ein nuklearer Konflikt ist wieder im öffentlichen Diskurs präsent. Wir sehen uns einem Geflecht ineinandergreifender Bedrohungen gegenüber: ein sich veränderndes Konfliktumfeld, anhaltende Gewalt, der potenzielle Einsatz neuer Technologien als Waffe, wachsende Ungleichheit, der sich verengende zivilgesellschaftliche Raum und der Klimanotstand. Mit den Verstößen gegen die Charta der Vereinten Nationen und dem Widerstand gegen die Menschenrechte, insbesondere die Frauenrechte, ist eine erhebliche normative Herausforderung im Gange. Internationale Zusammenarbeit ist unerlässlich, um diesen Bedrohungen wirksam zu begegnen. Das Kurzdossier enthält eine verbindende Vision des Multilateralismus, die in der Notwendigkeit gründet, dass die Mitgliedstaaten die aktuellen Spaltungen durch die Anerkennung gemeinsamer Interessen überwinden.

GRUNDSÄTZE EINER WIRKSAMEN KOLLEKTIVEN SICHERHEIT

Vertrauen. Die internationale Zusammenarbeit beruht in erster Linie auf Vertrauen – in der Erwartung, dass Staaten sich an ihre Verpflichtungen halten. Vertrauensbildende Mechanismen können das Vertrauen stärken. Sie reichen von Hotlines zum Krisenmanagement hin zur Überwachung von Waffenruhen oder bilateralen Rüstungskontrollabkommen mit Verifikationsbestimmungen, sowie zu Regionalorganisationen und regionalen Rahmen.

Solidarität. Die Staatengemeinschaft hat eine gemeinsame Verpflichtung, hilfebedürftige Menschen zu unterstützen. Solidarität ist nicht mit Wohltätigkeit gleichzusetzen, sondern besteht in der Erkenntnis, dass vergangene und gegenwärtige Ungerechtigkeiten wiedergutmacht werden müssen – dies reicht vom historischen Erbe des Kolonialismus und der Sklaverei bis hin zur zutiefst ungerechten globalen Finanzarchitektur und den anachronistischen Friedens- und Sicherheitsstrukturen der heutigen Zeit.

Universalität. Zwei der Grundprinzipien der Vereinten Nationen sind die souveräne Gleichheit aller ihrer Mitglieder sowie die Erfüllung der aus der Charta resultierenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten. Dies bedeutet, die Konflikt- und Gewaltprävention als universelle Verpflichtung zu begreifen, die für alle Länder gleichermaßen gilt, ohne Selektivität walten zu lassen oder zweierlei Maß anzulegen.

MULTILATERALISMUS FÜR EINE WELT IM WANDEL

Die Mitgliedstaaten müssen Wege zu kollektivem und kooperativem Handeln finden, und zwar durch grundlegende Schritte wie die Achtung der Charta und des Völkerrechts, Friedensdiplomatie, Prävention als Priorität, den Wiederaufbau von Mechanismen zur Überwindung von Streitigkeiten, die Erweiterung regionaler Rahmen, die Priorisierung einzelstaatlicher Maßnahmen, die Menschen in den Mittelpunkt stellende Ansätze, die Beseitigung der Gewalt in allen ihren Formen, den Vorrang umfassender Ansätze vor Sicherheitsmaßnahmen, die Auflösung patriarchalischer Machtstrukturen, die Gewährleistung der Mitentscheidung junger Menschen über ihre Zukunft, die Erhöhung der Finanzmittel für den Frieden, die Stärkung des Instrumentariums für einen vernetzten Multilateralismus und die Gewährleistung eines wirksamen und unparteiischen Sekretariats der Vereinten Nationen.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITZIELE BESCHLEUNIGEN

Die vollständige Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist schon für sich genommen von entscheidender Bedeutung, aber auch deswegen dringend geboten, weil die nachhaltige Entwicklung letztlich die einzige Möglichkeit ist, den ineinandergreifenden, mehrdimensionalen Faktoren von Gewalt und Unsicherheit zu begegnen. Prävention und nachhaltige Entwicklung bedingen einander und verstärken sich gegenseitig.

Nur bei 12 Prozent der Ziele befinden wir uns auf Kurs. Die Menschen müssen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen, Entwicklungserfolge zu erzielen, Armut zu überwinden und die aus Ungleichheit, Marginalisierung und Ausgrenzung entstehenden Risiken von Konflikt und Gewalt zu vermindern.

EMPFEHLUNGEN

STRATEGISCHE RISIKEN UND GEOPOLITISCHE SPALTUNGEN BESEITIGEN

Maßnahme 1. Kernwaffen beseitigen und zugleich die gegen ihre Verbreitung und Nutzung gerichteten Normen und Mechanismen stärken.

Maßnahme 2. Vorbeugende Diplomatie stärken, um die geopolitischen und geoökonomischen Beziehungen zu verbessern und sich gegen Zwischenfälle auf potenziellen neuen Gebieten zu wappnen, und dabei von den Vereinten Nationen und den Guten Diensten des Generalsekretärs stärker Gebrauch zu machen.

KONFLIKTE UND GEWALT VERHÜTEN UND FRIEDEN AUFRECHTERHALTEN

Maßnahme 3. Einen Paradigmenwechsel bei der Prävention sowie bei der Aufrechterhaltung des Friedens herbeiführen und dazu alle Staaten auffordern, nationale Präventionsstrategien zu entwickeln und in nationale Präventionskapazitäten und Infrastrukturen für den Frieden zu investieren.

Maßnahme 4. Die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele beschleunigen, um die tieferen Triebkräfte von Gewalt und Unsicherheit zu beseitigen, und dazu bewährte Entwicklungspfade beschreiben, neue und sich abzeichnende Möglichkeiten zum Schutz von Existenzgrundlagen und zur Gewähr von Sozialschutz schaffen und die internationalen Finanzierungsmechanismen entsprechend ausrichten.

Maßnahme 5. Die geschlechtsspezifischen Machtverhältnisse im Bereich Frieden und Sicherheit durch konkrete Maßnahmen zur Sicherung der vollen, gleichberechtigten und konstruktiven Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsfindung, durch die Beseitigung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und durch eine dauerhafte, berechenbare und flexible Finanzierung zugunsten der Geschlechtergleichstellung transformieren.

Maßnahme 6. Verbindungen zwischen Klimabelangen, Frieden und Sicherheit berücksichtigen und dazu sicherstellen, dass Klimamaßnahmen und Friedenskonsolidierung einander verstärken und der Sicherheitsrat sich im Rahmen der Mandate von Friedensmissionen und sonstiger Situationen in Ländern oder Regionen auf seiner Tagesordnung systematisch mit den Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit befasst, sowie eine gesonderte Sachverständigengruppe für Klimamaßnahmen, Resilienz und Friedenskonsolidierung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, ein neues Förderfenster des Friedenskonsolidierungsfonds und regionale Zentren schaffen.

Maßnahme 7. Die durch Waffen verursachten menschlichen Kosten senken: den Schutz von Zivilpersonen in besiedelten Gebieten verstärken, den Beitritt aller Staaten zu Verträgen zum Verbot inhumaner und unterschiedslos wirkender Waffen erreichen, die Militärausgaben reduzieren, erneute Anstrengungen zur Begrenzung konventioneller Waffen unternehmen, Investitionen in Prävention sowie in soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen erhöhen, der Verwendung behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen durch terroristische und sonstige nichtstaatliche bewaffnete Gruppen Einhalt gebieten und die Verbreitung von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition eindämmen.

STÄRKUNG VON FRIEDENSMISSIONEN UND MASSNAHMEN FÜR DEN FRIEDEN

Maßnahme 8. Friedensmissionen und Partnerschaften stärken: Friedensmissionen auf der Grundlage und zur Unterstützung eindeutig bestimmter politischer Prozesse und mit realistischen Mandaten einsetzen, zugleich zivile Kapazitäten sowie Innovationen, Daten und digitale Technologien nutzen, wirksame Ausstiegsstrategien und Übergangsprozesse sicherstellen und Friedenssicherung flexibler und anpassungsfähiger gestalten und dabei auf der Initiative „Action for Peacekeeping“ (Aktion für Friedenssicherung) aufbauen.

Maßnahme 9. An der Friedensdurchsetzung ansetzen: wo Durchsetzung erforderlich ist, eine multinationale Truppe oder Maßnahmen regionaler oder subregionaler Organisationen genehmigen, direkte Unterstützung für Einsätze von Ländern oder regionalen Organisationen leisten, denen die erforderlichen Kapazitäten fehlen, Friedensdurchsetzung mit alle Seiten einschließenden friedensfördernden politischen Bemühungen und nichtmilitärischen Ansätzen begleiten, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit gewährleisten und Operationen zur Terrorismusbekämpfung durch die Einrichtung von Gruppen für strategisches Handeln unterstützen, die von dem Globalen Pakt der Vereinten Nationen zur Koordinierung der Terrorismusbekämpfung unterstützt werden.

Maßnahme 10. Förderung von Friedensunterstützungsmissionen der Afrikanischen Union und subregionalen Friedensunterstützungsmissionen: sicherstellen, dass nach den Kapiteln VII und VIII der Charta der Vereinten Nationen genehmigte Missionen mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sind; Friedensunterstützungsmissionen der Afrikanischen Union und subregionaler Organisationen sind systematisch mit Ressourcen auszustatten.

NEUE ANSÄTZE FÜR DEN FRIEDEN UND FÜR POTENZIELLE KONFLIKTBEREICHE

Maßnahme 11. Die Nutzung neuer Wissensgebiete zu Waffenzwecken verhindern und verantwortungsvolle Innovationen fördern.

Cyberraum. Erklären, dass die für öffentliche Dienstleistungen und das Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbare Infrastruktur nicht das Ziel böswilliger Aktivitäten im Cyberraum sein darf, und einen unabhängigen multilateralen Rechenschaftsmechanismus für Fälle der böswilligen Nutzung des Cyberraums durch Staaten schaffen.

Weltraum. Internationale Normen, Regeln und Grundsätze für die Beseitigung der Bedrohungen der Weltraumsysteme erarbeiten und Verhandlungen über einen Vertrag zur Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit und der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum aufnehmen.

Letale autonome Waffensysteme. Bis 2026 eine Übereinkunft schließen, die letale autonome Waffensysteme, die nicht im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen, verbietet, und alle anderen Arten autonomer Waffensysteme regulieren.

Künstliche Intelligenz (KI). Nationale Strategien für eine verantwortungsvolle Konzeption, Entwicklung und Nutzung von KI sowie Normen, Regeln und Grundsätze für militärische Anwendungen von KI im Wege eines multilateralen Prozesses erarbeiten und sich auf einen globalen Rahmen zur Regulierung und Stärkung der Aufsichtsmechanismen für die Nutzung datengestützter Technologie, einschließlich KI, in der Terrorismusbekämpfung einigen.

Biologische Risiken. Kapazitäten verstärken, um neue und sich entwickelnde biologische Risiken zu ermitteln, vorherzusehen, zu koordinieren und sich dagegen zu wappnen, und Maßnahmen zu erarbeiten, um Risiken bei der Anwendung von Biotechnologie und Technologien für die Humanoptimierung im militärischen Bereich zu überwinden, einschließlich der Auswirkungen von Fortschritten in der Neurobiologie und damit zusammenhängenden konvergierenden Technologien.

STÄRKUNG DER INTERNATIONALEN LENKUNGS-STRUKTUREN

Maßnahme 12. Stärkere Mechanismen der kollektiven Sicherheit: dringend Fortschritte bei der Reform des Sicherheitsrats erzielen, seine Verfahren demokratisieren, sicherstellen, dass Sanktionsmaßnahmen zielgerichteter sind und regelmäßiger angepasst werden, die Rolle der Generalversammlung im Bereich Frieden und Sicherheit, einschließlich der Abrüstung, neu beleben und die Aufgaben der Kommission für Friedenskonsolidierung erweitern.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>



KURZDOSSIER 10: BILDUNG UMGESTALTEN

AUF DEM WEG ZU EINER LERNGESELLSCHAFT: DURCH DIE UMGESTALTUNG DER BILDUNG DIE WELT UMGESTALTEN

ZWECK

Kurzdossier 10 entwirft eine Vision für die Umgestaltung der Bildung und gibt den Ländern und der internationalen Gemeinschaft eine Reihe von Leitlinien an die Hand, aufbauend auf dem Gipfeltreffen zur Bildungstransformation und dem Bericht der Internationalen Kommission für die Zukunft der Bildung.

HINTERGRUND

Vor dem globalen Hintergrund noch nie dagewesenen Wohlstands und bitterer Ungleichheit sind die Fortschritte bei der Sicherung des Zugangs zu hochwertiger Bildung für alle ins Stocken geraten.

Hunderte Millionen Kinder und junge Menschen besuchen keine Schule, und die meisten der Milliarden von Schülerinnen und Schülern erwerben noch nicht einmal grundlegende Fertigkeiten. Dies gilt insbesondere für die am stärksten Gefährdeten. Zudem sind die Investitionen im Bildungsbereich unzureichend und unausgewogen. Hinzu kommt, dass die Welt sich einem exponentiellen technologischen Wandel, existenzbedrohenden Klimaproblemen und zunehmender Polarisierung ausgesetzt sieht und daher transformative Bildungssysteme heute für unsere gemeinsame Zukunft mehr denn je gebraucht werden.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITZIELE BESCHLEUNIGEN

Eine inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle zu fördern ist sowohl der umfassende Schwerpunkt des Nachhaltigkeitsziels 4 als auch von grundlegender Bedeutung für die Erreichung aller 17 Nachhaltigkeitsziele. Wenn wir die Ziele bis 2030 erreichen, unsere Welt vom Zusammenbruch zum Durchbruch führen und die Zukunft über 2030 hinaus gerechter, nachhaltiger und friedlicher gestalten wollen, dann muss sich Bildung grundlegend ändern. Eine Bildungstransformation ist unverzichtbar dafür, das Recht auf hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen für alle zu garantieren. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, Lerngesellschaften aufzubauen und Menschen, Länder und die gesamte internationale Gemeinschaft mit den erforderlichen Kompetenzen, Kenntnissen und Denkweisen auszustatten, um den Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle zu schaffen.

EMPFEHLUNGEN

Kurzdossier 10 enthält zwei Hauptempfehlungen für die Mitgliedstaaten.

EINE NEUE GEMEINSAME VISION

Die Empfehlung, die in der Agenda 2030 und auf dem Gipfeltreffen zur Bildungstransformation (2022) eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und sich in einem Zukunftspakt zu einer neuen Vision für die Schaffung von Lerngesellschaften für eine nachhaltige Zukunft zu bekennen, ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, ein integriertes System für Bildung und lebenslanges Lernen in einer Welt voller Ungewissheiten aufzubauen, Chancengleichheit, Zugangsmöglichkeiten und Inklusion in der und durch die Bildung zu gewährleisten, Lehrpläne und pädagogische Ansätze für die Welt von heute und von morgen zu aktualisieren, die Rolle der Lehrkräfte als kreative Leitfiguren, die den Lernprozess begleiten, neu auszurichten, die öffentlichen Investitionen in die Bildung zu erhöhen und verstärkte, ausgewogenere und wirksamere Bildungsinvestitionen zu tätigen.

EIN GLOBALES ÖFFENTLICHES GUT

Die Empfehlung, Bildung und lebenslanges Lernen als globales öffentliches Gut anzuerkennen und die internationale Zusammenarbeit zu forcieren, um Bildung umzugestalten und Nachhaltigkeitsziel 4 zu erreichen, ruft die Mitgliedstaaten auf, Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, stärker in die Bildung zu investieren, die internationalen Bildungsausgaben zu erhöhen und zu diesem Zweck die bestehenden Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens) einzuhalten und den für Bildung vorgesehenen Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit auf 20 Prozent anzuheben, Politikkohärenz zwischen allen globalen Verpflichtungen im Bildungsbereich sicherzustellen, ein quelloffenes digitales Gemeingut zu schaffen, um den gleichberechtigten Zugang zu digitalem Lernen zu unterstützen, einen globalen Konsens zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen, Ausbildung und ständiger Weiterbildung zu erreichen, für eine kohärentere Unterstützung durch die weltweite Bildungsgemeinschaft zu sorgen sowie das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen und die Bildungsgemeinschaft als Ganze stärken, um die Anstrengungen zur Bildungstransformation im Rahmen des Gemeinsamen Fonds für die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

<https://www.un.org/Depts/german/de/oca.html>

„Indem wir von Grund auf überdenken, wie, was, wann und wo wir lernen, und die Gesellschaften mit neuen Kompetenzen, Fertigkeiten und Denkweisen für eine nachhaltige und gerechte Zukunft ausstatten, können wir den nötigen Impuls für den Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle setzen.“



KURZDOSSIER 11: UN 2.0

EINE KULTUR DES VORAUSDENKENS UND ZUKUNFTSWEISENDE KOMPETENZEN FÜR EIN WIRKSAMERES SYSTEM DER VEREINTEN NATIONEN

ZWECK

Ein System der Vereinten Nationen mit Fachkenntnissen auf dem Stand des 21. Jahrhunderts und einer Organisationskultur, die in der Lage ist, bessere Ergebnisse zu erzielen, die Mitgliedstaaten besser zu unterstützen und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung rascher voranzubringen.

HINTERGRUND

Auf halbem Wege bis 2030 befindet sich die Welt nicht auf Kurs, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Um raschere Fortschritte zu erzielen, müssen wir alle umdenken, neue Schwerpunkte setzen und einen neuen Anlauf nehmen. UN 2.0 ist eine Vision eines modernisierten Systems der Vereinten Nationen mit zukunftsweisenden Kompetenzen und einer Kultur des Vorausdenkens, die es den Institutionen der Vereinten Nationen ermöglichen, einen besseren Beitrag zu den Bemühungen um die Nachhaltigkeitsziele zu leisten. Im Zentrum dieser laufenden internen Umgestaltung steht ein Quintett des Wandels.



Innovation. Lernen, wie neue Lösungen großflächig umgesetzt werden können, beispielsweise um den Zugang zu Gesundheitsdiensten auszuweiten.

Daten. Aufbau wirkungsvoller Datenökosysteme, beispielsweise um Ernteerträge mithilfe datengestützter Landwirtschaft zu steigern.

Digitales. Kompetenzen im Bereich der digitalen Wirkung erwerben, beispielsweise durch inklusive Online-Bildungsplattformen.

Prognosen. Lernen, mit Ungewissheit umzugehen, beispielsweise um sich an den Klimawandel anzupassen.

Verhaltenswissenschaften. Bessere Entscheidungen ermöglichen, beispielsweise um den Zugang zu sozialen Diensten zu erweitern.



DIE ERREICHUNG DER NACHHALTIGKEITSZIELE BESCHLEUNIGEN

Eine Schwerpunktverlagerung bei den Fachkenntnissen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen erschließt neue Ansätze für Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Das Netzwerk UN 2.0 (www.un-two-zero.network) umfasst weltweit mehr als 500 Initiativen und zeigt dadurch, wie das Quintett des Wandels schon jetzt unsere Programme zur Unterstüt-

zung der Nachhaltigkeitsziele umgestaltet – in den Bereichen Klimaschutz, Bildung, Landwirtschaft, Geschlechtergleichstellung und darüber hinaus.

„Bei UN 2.0 geht es darum, unsere Fachkenntnisse und Organisationskultur zu stärken, um ein System der Vereinten Nationen aufzubauen, das die Mitgliedstaaten im 21. Jahrhundert besser unterstützen kann.“

WAS IST ZU ERWARTEN?

Das Kurzdossier 11 skizziert, wie sich die Fachkenntnisse und die Organisationskultur des Systems der Vereinten Nationen verändern, welche Ziele dabei verfolgt werden und wie diese Umgestaltung den Mitgliedstaaten zugutekommt.

EINE KULTUR DES VORAUSDENKENS

Wir pflegen eine Kultur, in der moderne Kompetenzen sich im gesamten System der Vereinten Nationen entfalten können – mit einem Schwerpunkt auf Kreativität, Flexibilität, Lernbereitschaft, Neugier, geografischer Vielfalt, Geschlechtergleichstellung, Inklusion, Jugend, Resilienz, Wohlergehen, Nachhaltigkeit und Integrität.

ZUKUNFTSWEISENDE KOMPETENZEN FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Durch den Ausbau der Fachkenntnisse innerhalb des Systems der Vereinten Nationen in den Bereichen Daten, Innovation, digitale Technologie, Prognostik und Verhaltenswissenschaften verbessern wir die Wirksamkeit vor Ort und die Unterstützung der Mitgliedstaaten. Wir werden die Umgestaltung durch auf Anwendungsfälle gestützte Ansätze, die Beteiligung von Führungskräften, Wissensnetzwerke und Partnerschaften vorantreiben.

KAPAZITÄTEN VERLAGERN, KEINE NEUEN STRUKTUREN SCHAFFEN

Wir sind im Begriff, unsere Sachkompetenz sorgfältig neu abzustimmen, durch Umschulungen neu zu gewichten und sorgfältig neu auszurichten, um Kompetenzen hinzuzugewinnen, statt neue Strukturen zu schaffen. Dazu werden wir die kontinuierliche Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern und Stellenprofile anpassen, um neue Fachgebiete zu erfassen, die die Wirkung der Nachhaltigkeitsziele verstärken werden.

BESCHLEUNIGTE INTERNE UMGESTALTUNG, GRÖßERE AUSSENWIRKUNG

UN 2.0 legt einen deutlichen Schwerpunkt auf die interne Umgestaltung der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen. Erhöhte Kapazitäten werden zu einer besseren programmatischen und operativen Unterstützung der Mitgliedstaaten und schnelleren gemeinsamen Fortschritten bei der gesamten Agenda 2030 und darüber hinaus führen.

GEMEINSAME RICHTUNG, INDIVIDUELLE WEGE DER INSTITUTIONEN

Die von UN 2.0 angestrebte Transformation wird von sämtlichen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen, den Führungskräften sowie Kolleginnen und Kollegen getragen. Ab 2024 wird ein schlankes Förderinstrument UN 2.0 jede einzelne Institution in den kommenden drei Jahren auf ihrem eigenen Weg zur Umsetzung von UN 2.0 unterstützen

ZUM VOLLSTÄNDIGEN KURZDOSSIER

www.un.org/en/common-agenda/policy-briefs